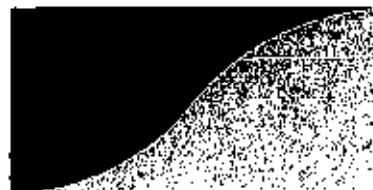


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Reinhold Hiller MdB widerspricht den Regierungs-Argumenten gegen eine Eisenbahnfahrverbindung mit der Sowjetunion: Das Denken nicht militarisieren.

Seite 1

Dr. Kurt Nemitz, Präsident der Landeszentralbank in Bremen, würdigt die Rückkehr des 91jährigen Professor Lowe aus dem amerikanischen Exil in die Bundesrepublik: Die Selbstdisziplin der Freien.

Seite 3

Dokumentation

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal MdB, hielt aus Anlaß des 5. Todestages von Carlo Schmid auf dem Tübinger Stadtfriedhof eine Gedenkrede: Verneigung vor einem großen Deutschen.

Seite 5

39. Jahrgang / 238

11. Dezember 1984

Das Denken nicht militarisieren

Ein Plädoyer für die Eisenbahnfähre zwischen Kiel/Lübeck und Klaipeda/UdSSR

Von Reinhold Hiller MdB

Seit 1981 gibt es Pläne, zwischen einem sowjetischen Ostseehafen (Klaipeda) und einem der Bundesrepublik Deutschland (Lübeck oder Kiel) eine Eisenbahnfahrverbindung einzurichten.

Viele gute Argumente, wirtschafts-, verkehrs- und arbeitsmarktpolitische Gründe sprechen für das Projekt. Im strukturschwachen Küsten- und Zonenrandbereich Schleswig-Holsteins würden cirka 300 dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen und Wachstumsimpulse für die Wirtschaft gegeben. Trotzdem scheint das Projekt zu scheitern; torpediert von den Militärs und politisch Verantwortlichen auf der Hardthöhe. In den "Lübecker Nachrichten" vom 30. November 1984 liest sich das so:

"Übergeordnete politische Gründe erlauben die Verwirklichung des Projekts derzeit nicht", lautet das Ergebnis einer Konferenz von Abteilungsleitern aus den von der Planung berührten Bundesministerien und des Kanzleramts"....

Die allen wirtschafts-, verkehrs- und arbeitsmarktpolitischen Gründen "übergeordneten" Bedenken sind militärische, und die Befürchtung, die USA könnten verstimmt werden. Das geht aus weiteren Passagen desselben Zeitungsberichtes hervor:

"Nach den Beratungen der Abteilungsleiter-Konferenz werden erhebliche sicherheitspolitische Bedenken gegen eine sowjetische Fähre nach Schleswig-Holstein erhoben. Solche Gründe hatte, wie mehrfach berichtet, das Verteidigungsministerium schon früher eingewandt. Es weist darauf hin, daß auch die NATO gegen die Fähre sei und scheint inzwischen auch die übrigen Ministe-

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Verleger: DiePresse
mit dem Namen Rotenburger
Anzeigen-Papier



rien überzeugt zu haben. Zwar ist das Bundeswirtschaftsministerium weiterhin grundsätzlich für eine Realisierung des Fährprojekts, hat seine Argumente jedoch ebenfalls hinter die Bedenken der Hardthöhe zurückgestellt.

Einen neuen Einwand gegen die sowjetische Eisenbahnfähre hat das Bundeskanzleramt in die Diskussion eingebracht. Es weist darauf hin, daß sich der Wiederbeginn von Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion abzeichnet. Vor diesem Hintergrund möchte es 'keine zweite Gaspipelinediskussion mit den Amerikanern bekommen'. Eine Verstimmung wie seinerzeit wegen der deutschen Röhrenlieferungen für die sibirische Erdgasleitung könnte aber durch den Fährplan entstehen, befürchtet das Kanzleramt. Auch für das Auswärtige Amt stehen 'die übergeordneten verteidigungspolitischen Gesichtspunkte im Vordergrund'."

Ich denke, diese Prioritätensetzung verdient öffentliche Aufmerksamkeit. Ich halte sie für ein Indiz der fortschreitenden Militarisierung des Denkens derer, die uns "nach der Wende" regieren, und für deren allzu bereitwillige Unterwerfung deutscher Interessen unter die der Reagan-Administration und des Pentagon.

In einem Brief an den Bundeskanzler und die mit der Entscheidung über die Fähre befaßten Bonner Minister habe ich gebeten, zu prüfen, ob nicht gerade "Übergeordnete politische Gründe" die Verwirklichung des Projekts mehr denn je empfehlen.

Ich schrieb unter anderem: "In einer Phase der bedenklich abgekühlten und spannungsreichen Beziehungen der beiden Großmächte USA und Sowjetunion zueinander, könnte eine Betonung des europäischen Interesses an einer Fortsetzung und Intensivierung friedlicher Handels-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Kultur- und sonstiger Beziehungen zwischen Ost und West auf dem europäischen Kontinent zur Entspannung beitragen und so auch die angekündigten neuen Abrüstungsgespräche der Großmächte eher positiv beeinflussen.

Abgesehen von den arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten, die mich als Lübecker Abgeordneten ohnehin für diese Fährverbindung plädieren lassen, von der circa 300 auf Dauer gesicherte Arbeitsplätze im schleswig-holsteinischen Küsten- und Zonenrandbereich erhofft werden können, scheint mir gerade der sicherheitspolitische Aspekt besondere Bedeutung zu haben. Ich warne vor dem außenpolitischen Signal des Mißtrauens, das mit der Ablehnung der Fährverbindung gegen Osten gesandt würde, und das mit Sicherheit kein Beitrag zu Entspannung und Vertrauensbildung sein würde...".

Darüberhinaus scheint mir dieser Vorgang wieder einmal Anlaß zu geben, eine politische Binsenweisheit ins Bewußtsein der uns Regierenden zu rufen, daß nämlich unsere Republik nicht nur durch einen "äußeren Feind" bedroht wird, sondern, daß auch Arbeitslosigkeit, soziale Not, massive Ungleichheit der Chancen und die durch Überrüstung und fortschreitende Verseuchung der natürlichen Lebensgrundlagen belasteten Zukunftsaussichten der jungen Generation den sozialen Konsens und damit unsere Republik gefährden.

Der Militarisierung des Denkens muß Einhalt geboten werden. Den Herausforderungen durch die strukturelle Beschäftigungskrise, die Umweltvergiftung und die Notwendigkeit, in einer waffenstarrten Welt Frieden zu schaffen, muß die politische Priorität gehören.

Ein Verhältnis "der guten Nachbarschaft" auf dem europäischen Kontinent gehört unabdingbar dazu.
(-/11.12.1984/ks/rs)

+ + +



"Die Selbstdisziplin der Freien"

Professor Dr. Adolf Lowe kehrte als Neunzigjähriger in die Bundesrepublik zurück

Von Dr. Kurt Nemitz

Präsident der Landeszentralbank in Bremen

Mit der Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes an Professor Dr. Adolph Lowe ist einer der letzten noch lebenden Mitbegründer der "University in Exile" und der New School for Social Research (New York) geehrt worden. An dieser akademischen Lehr- und Forschungsstätte waren vor allem deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler tätig, die nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten 1933 aus Deutschland emigrieren mußten. Vor einiger Zeit ist der jetzt 91jährige Lowe in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Daß es sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker nicht nehmen ließ, die Auszeichnung an seinem jetzigen Wohnort - Wolfenbüttel - persönlich zu überreichen, soll besonders hervorgehoben werden.

Auch die Sozialdemokratie hat allen Anlaß, Lowe ihren Dank abzustatten. Schließlich hat er seit seiner Mitarbeit in dem vom Rat der Volksbeauftragten eingesetzten Demobilisierungsamt und der Sozialisierungskommission in der ganzen Weimarer Zeit zahlreiche Beiträge zur wirtschaftspolitischen Diskussion geliefert. Sein 1926 veröffentlichter Aufsatz zur Frage "Wie ist Konjunkturtheorie überhaupt möglich?" hat Furore gemacht. Er gehörte zu den Mitbegründern der "Neuen Blätter für den Sozialismus". 1930 äußerte er sich in dieser Zeitschrift zu dem heute wieder aktuellen Thema "Lohnabbau als Mittel der Krisenbekämpfung". Seit 1926 war er als Professor in Kiel und Frankfurt tätig. Lowes Hauptwerk "Politische Ökonomik", in dem er die wesentliche Instabilität der modernen Marktprozesse analysierte, ist vor kurzem als deutsche Neuauflage erschienen. Es sollte zur Standardlektüre bei der wirtschaftspolitischen Grundsatzdebatte gehören.

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Universität Bremen Lowe durch die Verleihung der Ehrendoktorwürde geehrt. An der Festveranstaltung nahm unter anderem auch Professor Dr. Ira Katznelson von der New School für Social Research, New York, teil.

In einer soeben erschienenen Festschrift für Adolph Lowe zum Thema "Beschäftigung, Verteilung und Konjunktur", die von den Professoren H. Hagemann und H. Kurz von der



Universität Bremen herausgegeben wurde, wird das Lebenswerk von Lowe unter verschiedenen Aspekten gewürdigt. An der Festschrift haben unter anderem auch die New Yorker Professoren Robert L. Heilbroner und Edward J. Nell mitgewirkt. Sie enthält auch den Festvortrag von Professor Lowe über "Die Ortsbestimmung der Gegenwart". Unter anderem sagte Lowe: "Nach 50 Jahren spreche ich heute zum ersten Mal zu einer deutschen Hörerschaft und vor allem zu deutschen Studenten. Im März 1933 schloß ich meine Semestervorlesung mit den Worten: Auf Wiedersehen im Mai. Es ist Juni, und ein halbes Jahrhundert liegt dazwischen.

Ich will Sie nicht unterhalten mit einer Schilderung meines Emigrantenschicksals - der Bitterkeit nach verlorenem politischen Kampf - der Enttäuschung über abtrünnige Freunde - nicht zuletzt der materiellen Sorge und geistigen Vereinsamung in einer für eine lange Zeit unbekannten Fremde. All das war nur zu sehr die Wirklichkeit - aber es war nicht die ganze. Auf die Dauer wurde die erzwungene Emigration zu einer neuen Lehrzeit. Sie befreite mich aus der Enge rein nationaler Anschauung, von Vorurteilen, die meine politische und kulturelle Sicht entstellt hatten. Und wo wurde ich fast unmerklich zu einem kritischen Weltbürger erzogen."

Als Resümee seines Vortrags betonte Lowe: "In Gesellschaften, die private und öffentliche Freiheit respektieren, sind die schärfsten Kontrollen machtlos, wenn sie nicht von den Kontrollierten selbst verstanden und gebilligt werden. In anderen Worten, der Erfolg des Wohlfahrtsstaates ist letztlich bedingt durch die allmähliche Entfaltung einer Wohlfahrtsgesellschaft - eines Publikums, das Konformität im Grundsätzlichen mit kritischer Umsicht verbindet. Es geht nicht länger an, mit John Stuart Mill Wachsamkeit allein als den Preis der Freiheit zu stipulieren. Der Preis ist heute höher - er schließt die Selbstdisziplin der Freien ein."

In einer Zeit, die von wachsendem Problemdruck und der dringenden Frage nach der Zukunft unserer Gesellschaftsordnung gekennzeichnet ist, lohnt es sich, solche aus den Erfahrungen eines langen Gelehrtenlebens geborenen Hinweise neu zu überdenken. Professor Lowe gebührt Dank für seine Anregungen. (-/11.12.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O NHeinz Westphal: Verneigung vor Carlo Schmid

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal, hat anlässlich der Gedenkveranstaltung und Kranzniederlegung zum 5. Todestag von Professor Dr. Carlo Schmid am 11. Dezember 1984 auf dem Stadtfriedhof Tübingen folgende Rede gehalten.

"Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde!

Carlo Schmid zu ehren, ist der Sinn unserer Zusammenkunft an seinem heutigen fünften Todestag.

Wir, die wir das Glück hatten, ihm zu seinen Lebzeiten zu begegnen, werden diese Überragende Gestalt nie aus unserer Erinnerung verlieren. Doch es gilt heute, seine Lebensleistung, seine Erkenntnisse, seine Vorbildrolle an nachwachsende Generationen zu vermitteln.

Im fernen Perpignan geboren, fühlte er sich, war er hier in Tübingen zu Hause. Hier hat er studiert; hier hat er seinen Berufsweg begonnen; in Tübingen wurde er Staatsmann; hier kam er zu akademischen Ehren.

Mit dem Blick vom Alten Tübinger Friedhof auf seine Universität, an der er lehrte, ruht er für immer.

War dieser Mann vornehmlich Lehrer oder Publizist oder Denker? War er mehr Politiker, Parlamentarier, Staatsmann? Wer will dies werten, wer braucht dies zu messen? Er war: Carlo Schmid, eine in jeder Hinsicht herausragende Gestalt der Nachkriegszeit in Deutschland.

"Einer der Väter des Grundgesetzes", das ist fast schon eine abgegriffene Formel. Doch bei Carlo Schmid kann man dies konkretisieren: Die feste Verankerung des Katalogs der Grundrechte als Teil unserer Verfassung, dies ist nicht zum Wenigsten seinem Einfluß zu verdanken. Und wenn er von der Würde und der Freiheit des Menschen, jedes einzelnen menschlichen Wesens sprach, dann dachte er zuerst an die kleinen Leute.

"Daß die Größe eines Staates auf den kleinen Leuten beruht und...daß der Wert einer Gesellschaft davon abhängt, was die kleinen Leute in ihr wert sind" - so sagt Norbert Gansel in einem Aufsatz über den Geehrten - "gehörte zu den Überzeugungen des sozialistischen Politikers, der seinen politischen Auftrag auch aus dem Wissen nahm, daß er aus der privilegierten Klasse einer Klassengesellschaft stammte".

Es war ein bestimmender Teil der Philosophie dieses Mannes, daß es darauf ankommt, dem Volk, vor allem der Arbeiterschaft das Bewußtsein eigener Würde zu geben, um sie damit zu befähigen, den Kampf für die Änderung der gesellschaftlichen Bedingungen aufzunehmen mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit. Ein so geprägtes humanistisches Menschenbild war für ihn stets Leitmotiv für das politische Handeln.

Carlo Schmid war eine der - leider wenigen - rednerischen Begabungen des Parlaments. Seine großen Reden für die Sozialdemokratische Fraktion, besonders zu Themen der Außenpolitik, hielt er als einer der Vizepräsidenten, oder sagen wir zutreffender: als der Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Da war Übereinstimmung zwischen der Kraft seiner Worte, dem Glanz seiner Sprache und der hinter seinen Argumenten stehenden Überzeugung, obwohl ihm bewußt war, daß die große politische Rede die Stimmverhältnisse im Parlament der Parteiendemokratie kaum verändern kann. Doch er wollte diese gewichtige Rolle der Parteien im parlamentarisch-demokratischen System. Bei der Gestaltung des Grundgesetzes hatte er mit dafür gesorgt.



daß die politischen Parteien in dem Prozeß der Meinungsbildung mit besonderer Verantwortung eingebunden wurden, während die Weimarer Verfassung die Rolle der Parteien noch gar nicht zur Kenntnis nahm. Es ist wohl wichtig, an diese prinzipielle Einstellung Carlo Schmidts gerade in einer Zeit zu erinnern, in der die Parteien nicht ohne eigene Schuld in ein schiefes Licht geraten sind und große, ehrliche Anstrengungen unternehmen müssen, um vor dem Urteil der Wähler, insbesondere der jungen Bürger unseres Landes wieder bestehen zu können. Aus der Sicht Carlo Schmidts werden für die politische und parteiliche Repräsentanz der Bürger zwar keine fehlerlosen Übermenschen, wohl aber Menschen gebraucht, die eine Vorbildaufgabe übernehmen, also sich mit weitergehenden Maßstäben messen lassen müssen, als mit denen der einfachen, der normal im Umgang zwischen Menschen erforderlichen Moral.

Carlo Schmidts Bekenntnis zu einer Partei, zu einer Partei, deren Vergangenheit - wie er sagte - sie nach dem Ende des Hitler-Regimes nicht zwang, "unter einem neuen Namen aufzutreten", hat ihm für lange Zeit den Weg zur Wahrnehmung gestaltender Staatsmänner verwehrt. Gewiß, am Anfang nach 1945 holte man ihn hier im Südwesten in Ämter an der Spitze von Regierungen als einen der Unbelasteten von brauner Verstrickung, obwohl er sich selbst wegen des fehlenden eigenen parteipolitischen Engagements in der Weimarer Zeit nie von Mitverantwortung freisprach.

Doch dann kam die lange Zeit der Opposition; und erst als er der weltweit gerühmte und große alte Mann der Sozialdemokraten war, gab es für ihn erneut Minister-Ehren und -Aufgaben. Hat er deshalb weniger bewirkt, so müßte man fragen?

Es wäre sicher zum Vorteil unserer staatlichen Gemeinschaft gewesen, wenn dieser Mann auf dem Gebiet der Außenpolitik, beim Ringen um die deutsche Einheit oder bei der Schaffung einer neuen Rechtsordnung schon früher gestaltend in Regierungsverantwortung während der Jahre seiner höchsten Schaffenskraft hätte tätig sein können. Doch war nicht auch die Wahrnehmung des oppositionellen Wächteramtes mit seiner - Carlo Schmidts - geistig-politischen Kompetenz ein gestaltender Faktor von hoher Bedeutung?

Hat er nicht mehr vorbildliche Zivilcourage bewiesen, die zum Demokraten gehört, als viele, viele andere, als er zur Zeit der aufkommenden braunen Flut am Schwarzen Brett der Tübinger Universität eine Mitteilung anheftete, jüdische Studenten, die woanders nicht mehr aufgenommen wurden, könnten in seinem Haus zumindest vorübergehend eine Bleibe finden?

War es nicht sein Einfühlungsvermögen und seine diplomatische Begabung, die möglicherweise damals 1955 in Moskau Adenauers riskante Mission mit der Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen zu einem Erfolg werden ließ?

War es nicht auch für die Aussöhnung zwischen Frankreich und unserem Land von großer Wirkung, daß sich darum ein Mann wie Carlo Schmid verdient gemacht hat, den Franzosen dafür ehrten, daß er während des Krieges im von Deutschen besetzten Gebiet Verfolgten und gefangenen französischen Widerstandskämpfern menschliche Hilfe gab?

Dies alles sind nur Schlaglichter aus einem reichen Leben, nur Hinweise auf eine Lebensspur, die es verdient, unvergänglich festgehalten zu werden in der Erinnerung unseres Volkes.

Die heutigen Repräsentanten des Deutschen Bundestages verneigen sich vor diesem vorbildlichen Mann, vor diesem großen Deutschen. (-/11.12.1984/ks/rs)

+ + +

